

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der
Bezugspreis beträgt monat-
lich 1,30 RM. zuzüglich Behef-
gebühr. Die einzelne Nummer
kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder,
Bahnhof-Allee 5 und von
allen Anzeigen-Expeditionen
angenommen. Die neungepal-
tene Beilage kostet 25 Pfennig,
die Restbeilage 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ
Frohnau, Summt
und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 165

Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005

Sonntag, den 19. Oktober 1930

Postfachkonto Berlin 62 448

29. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Dem Restaurateur Erich Fegenwald in Lehnitz ist die
Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft auf dem Grundstück
Helmstraße 2 erteilt worden.

Birkenwerder, den 18. Oktober 1930.

Der Amtsvorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Einladung zur Gemeindevorsteheritzung.

Zu der auf
Dienstag, den 21. Oktober 1930, abends 8 Uhr.

in Sitzungssaal des Gemeindevorstandes, Hohen Neuendorfer Straße 3,
aberaumten Sitzung der Gemeindevorstellung, in der über die in
nachstehender Tagesordnung bezeichneten Gegenstände beraten oder
beschlossen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen
Gemeindevorstellung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die
Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung.

A. Öffentlich:

1. Einstellung des Schulhausmeisters Gratz als Vollzeitschulbeamter.
2. Abschluß eines Vertrages mit der V.C.G. wegen Straßenbeleuchtung in der Birkenwerder Straße, in Fischlake und Heideplan.
3. Beschlußfassung über Pflichtarbeit der Wohlfahrtsempfänger.
4. Beschlußfassung über Unterfertigung der streikenden Metallarbeiter.
5. Kenntnisnahmen und Verfügendes.

B. Nichtöffentlich:

6. Vorrangereinräumungen.

Bergfelde, den 18. Oktober 1930.

Der h. Gemeindevorsteher. Czekowski.

Das Wahlergebnis in Memel

Memel, 18. Oktober.

Die Wahlkreiscommission gibt das Ergebnis der
Wahl zum dritten memelländischen Landtag be-
kannt. Die Volkspartei erhält demnach 8 Sitze, die Land-
wirtschaftspartei 10, die Sozialdemokratie 4, die Arbeiter-
partei (Kommunisten) 2 Sitze, die litauischen Landwirte
4 Sitze und die litauische Volkspartei einen Sitz. Die Spiti-
terparteien, Wirtschaftspartei und Verband der Landwirt-
schaft, erhalten keinen Sitz.

Amerikanisierung des Dornierflugzeuges Do. X

Berlin, 18. Oktober.

Das Dornierflugzeug „Do. X“ soll bei seinem voraus-
schichtlich am 3. November in Lissabon beginnenden Amerika-
flug zur Postbeförderung benutzt werden. Zugelassen sind
gewöhnliche Briefe im Einzelgewicht bis 20 Gramm und
Postkarten an Empfänger in beliebigen Bestimmungsorten.
Die Gesamtgebühr beträgt 6 RM. für einen Brief und
4 RM. für eine Postkarte.

Neuer Ost-West-Flug

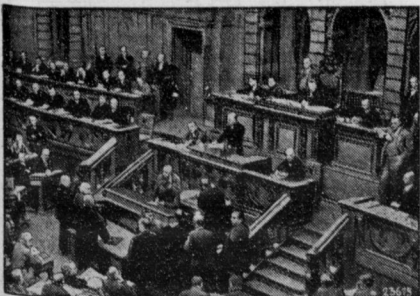
London, 18. Oktober.

Die Flieger Erroll Boyd und Harry Connor, die den
Atlantischen Ozean in der vergangenen Woche in der Rich-
tung West-Ost überflogen, beabsichtigen, dieselbe Strecke
Anfang November in der Richtung Ost-West zu fliegen.
Sie werden wieder das Flugzeug „Columbia“ benutzen, so
daß man ihre Unternehmen als den ersten Versuch einer
Überfliegung des Atlantischen Ozeans hin und zurück im
gleichen Flugzeug ansprechen kann.

Weitere Andree-Aufzeichnungen entziffert

Stockholm, 18. Oktober.

Der mit der Bearbeitung von Andrees zweitem Tage-
buch betraute Professor The Svedberg teilte dem Redaktions-
auschuss des Großen Andree-Buches mit, daß es
ihm gelungen sei, durch ultrarote Strahlen den
größten Teil der bisher unlesbaren Schrift, die die ersten
Tage auf der Weissen Injel und die Vorbereitungen zum
Winterlager behandelt, zu photographieren und zu ent-
ziffern.



Brünnings Programmrede im Reichstag.
Reichstagskanzler Brünnings bei seiner Programmrede. Auf der Mini-
rechten nach links: Die Reichsminister Dietrich, Gro-
ner, Curtius, Birich, Schögel, Schiele.

Stürme im Reichstag

Berlin, 17. Oktober.

Der Reichstag begann am Freitag seine Sitzung um
10 Uhr vormittags, und zwar wurde zunächst der

Gesekundentwurf über die Schuldentilgung

beraten. Auf Antrag des Abgeordneten von Vindener
(Volkstom.) wurde der von den Volkstomirovaten einge-
brachte Gesekundentwurf auf sofortige Durchführung der Ent-
schädigungen auf Grund des deutsch-polnischen Liquidations-
abkommens in die Befragung einbezogen. Als erster Redner
kam der Kommunist Dr. Reubaer zu Wort, um einen
kommunistischen Antrag auf schwerste Bestrafung der Ka-
pitalverleiher zu begründen. Als er hierbei erklärte, daß
der Nationalsozialist Feder kurz vor dem Hitler-Ruß sein
Kapital ins Ausland gebracht habe, kam es zu tumultu-
rischen Zwischenfällen.

Abg. Dr. Quaaq (Dn.) wünschte von dem Finanzmin-
ister die eigentlichen Gläubiger Deutschlands zu erfahren.
Auch mit der vorliegenden Anleihe würden die Finanzen
nicht in Ordnung gebracht werden. Es geht eben nicht,
den deutschen Lebensstandard aufrechtzuerhalten und gleich-
zeitig aus den Mitteln des oerarmten deutschen Volkes
den riesigen Militarismus zu finanzieren, den die Welt
je gegeben hat, den französischen.

Dr. Dietrich im Oppositionskrum

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, von den National-
sozialisten mit lauten Zurufen empfangen, gab zunächst eine
zahlenmäßige Aufstellung der schwebenden deutschen Schuld,
die 1,213 Milliarden beträgt. Infolge der starken Anfor-
derungen für die Arbeitslosenversicherung sei eine Verminde-
rung dieser Schuld verhindert worden, so daß die finanzielle
Lage des Reiches am 1. 4. 1931 die gleiche sein würde wie
am 1. 4. 1930. Mit der Anleihevorlage werde es gelingen,
den Etat zu balancieren und die schwebende Schuld abzu-
decken. Er erklärte dann mit erhobener Stimme,

daß er bei den Verhandlungen über die Auslandsanleihe
mit keinem Wort die Verwendung irgendeines deut-
schen Monopols zugelegt oder versprochen habe, daß
Deutschland auf eine Anwendung der ihm günstigen
Bestimmungen des Young-Vertrages verzichten würde.

Diese Erklärung gebe er für die gesamte Reichsregierung ab.

Der Abg. Keil (Soz.) erklärte die Bereitschaft der
Sozialdemokraten, mit allen Kräften an der Ordnung der
Reichsfinanzen mitzuarbeiten. Als er dann das Protokoll
der Vernehmung eines Münchener Postbeamten über die
Abhebung eines Aktienpakets von einem Bank-
haus im November 1923, wenige Tage vor dem Rapp-
Putsch, seitens des Abgeordneten Feder verlies, kam es zu
neuen turbulenten Szenen. Die leidenschaftlichen Zwischen-
rufe auf nationalsozialistischer Seite führten u. a. zur Aus-
schließung des Abg. Koch-Ostpreußen (Nat.-Soz.) von der
Sitzung.

Nach Ablehnung deutschnationaler und nationalsozialisti-
scher Änderungsanträge wurde das Schuldentilgungsgesetz
nach der zweiten Lesung dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Die große politische Aussprache

Sozialdemokratie gegen Ausschaltung des Parlaments.

Abg. Müller (Soz.) sprach als erster Redner. Die
Nationalsozialisten verließen demonstrativ den Saal. Der
sozialdemokratische Redner erklärte, die Stellung der So-
zialdemokratie zu dieser Regierung werde dadurch beein-
flußt, daß gegenwärtig Deutschland eine der schwersten
Wirtschaftskrisen durchmacht. Wäre es anders, so würden
die Sozialdemokraten sehr deutlich ihr Mißtrauen gegen
Minister wie Schiele und Treviranus bekunden. Die So-
zialdemokraten würden sich aber von keiner Partei den
Zeitpunkt vorschreiben lassen, an dem sie zum Angriff gegen
dieses Kabinett voringen. Der nationalsozialistische Wirt-
schaftsachverständige habe zur Aufhebung der Zinsnedrig-
schaft eine Wirtschaftstheorie ausgearbeitet, die er voll-
inhaltlich abgeschrieben habe, und zwar aus dem 3. Buch
Moses, Kapitel 25. Es sei bezeichnend, daß die National-
sozialisten ihre Anleihen machen ausgerechnet bei Moses
und den Propheten (Stürmische Heiterkeit). Seine Partei
werde die Vorlage des von der Regierung angeforderten
Reformprogramms abwarten und behalte sich ihre Stel-
lungnahme dazu vor. Sie müsse aber verlangen, daß diese
Vorlage parlamentarisch verabschiedet wird. Seine Fra-
tion werde im Ausschuß Änderungsanträge stellen.

Die vollständige Aufhebung der Notverordnung wäre
aber nicht zu verantworten, wenn nicht vorher ein Er-
satz geschaffen ist, weil sonst auch die Arbeitslosenver-
sicherung verloren wäre.

In der Außenpolitik sei der Erklärung des Reichstanzlers
zustimmen. Hitler habe in der Auslandspresse ja auch
erklärt, daß ein von ihm geführtes Deutschland alle Ver-
pflichtungen peinlich genau erfüllen werde.

Das nationalsozialistische Programm

Vizepräsident Stöhr übernahm dann zum erstenmal
die Verhandlungsleitung. Er erteilte als nächstem Redner
das Wort dem Abg. Straßer (Nat.-Soz.).

Abg. Straßer verlas ein formuliertes Aktionspro-
gramm der Nationalsozialisten: „Wir wollen keine Reak-
tion, sondern Gesundung. Wir wollen keine Judenverfol-
gung; aber wir verlangen die Ausschaltung der Juden aus
dem deutschen Leben.“

Wir wollen keinen neuen Krieg, denn wir wissen, daß
Europa und die Welt nur gefunden können, wenn die
führenden alten Kulturvölker wieder in sich gefunden.
Wir scheuen aber den Krieg nicht, wenn er das letzte
Mittel sein sollte, um die deutsche Selbstständigkeit und
soziale Freiheit wieder herzustellen.

Es sei zu verlangen, daß auch die übrigen Staaten die
feierlich beschworene Verpflichtung zur Abrüstung durch-
führen. Darum müsse eine Revison der Verträge
von Young und Versailles verlangt werden. Als
Grundrecht der deutschen Bevölkerung verlange keine Partei
die Proklamtion der allgemeinen Wehr- und Arbeits-
pflicht. Die Nationalsozialisten hätten das tiefste Miß-
trauen gegen dieses Kabinett und würden darum für jeden
Mißtrauensantrag stimmen. Da sei der Außenminister Dr.
Curtius und schließlich der Wehrminister Groener, dessen
Amtsführung nicht die leiseste Idee deutschen Befehlswillens
erkennen lasse. Groener werde seine Tä-
tigkeit fortsetzen im Sinne des Verrats.
(Große Unruhe in der Mitte, Rufe: „Gibt es keinen Ord-
nungsruf?“ — Reichstanzler Dr. Brünnings erhob sich und
verließ nach einigen Sekunden den Saal.)

Am Schluß der Straßer-Rede erhoben sich die National-
sozialisten und brachen handtastend in stürmische Hei-
rufe aus.

Vizepräsident Stöhr: Mir wird mitgeteilt, Herr
Abg. Straßer, daß Sie dem Minister Groener den Vor-
wurf des Eidbruchs gemacht haben. (Abg. Straßer: „Des
Verrats!“) Ich muß Sie dafür zur Ordnung
rufen.

Kampfanlage der Kommunisten

Als darauf der nächste Redner, der kommunistische Abg.
Bleck die Rednertribüne betrat, verließen die National-
sozialisten, viele andere Abgeordnete und sämtliche Minister
den Saal.

Abg. Pled (Komm.) forderte die Aufhebung des Ver-
bots des Rottfrontkämpferbundes und der Antifaschistischen
Jugendorganisation. Diese verbotenen Organisationen be-
stünden trotz aller Verbote fort. Die kommunistischen
Abgeordneten erhoben sich bei diesen Worten und
brachten auf die verbotenen Organisationen ein dreimaliges
„Rot Front!“ aus. Die Nationalsozialisten frühstückten
bei Herrn Staus und gingen in Arm mit Hugenberg;
das sei ihr Kampf gegen den Kapitalismus. Auch ihr Kampf
gegen die Juden sei schwächer geworden, sie bekämpften nur
die Juden, die für die revolutionäre Arbeiterchaft sind.

Die revolutionären Massen würden die faschistische
Diktatur verhindern und die proletarische Diktatur
aufrichten.

Die deutschen Kapitalisten nützen den Young-Plan für sich
auf Kosten des Proletariats aus; die Kommunisten verlangen
deshalb die Einstellung der Zahlungen aus dem Young-
Plan. Die Kommunisten wollten das freie Sowjetland.

Was tut



Alle sparen bei der
Kreis-Sparkasse des Kreises Niederbarnim
und deren Nebenstellen.